

04. März 2009

Postulat

von Patrick Blöchlinger (SD)
und Ueli Brasser (SD)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die gezielte Anwerbung von Personal im Ausland – z.B. von Busführern in Ostdeutschland – verzichtet werden kann und stattdessen bei Mangel an bestimmten Arbeitskräften vermehrt SchweizerInnen und allenfalls bereits hier ansässige AusländerInnen entsprechend umgeschult bzw. ausgebildet werden können.

Begründung:

Die VBZ planen offenbar, in Ostdeutschland Anlässe durchzuführen, um von dort BusführerInnen abzuwerben. In der Schweiz gibt es offiziell rund 100'000 Arbeitslose. Tatsächlich dürfte die Zahl der Stellensuchenden erheblich höher sein. Im Zuge der nun anlaufenden Rezession dürfte die Zahl der SchweizerInnen und bereits hier lebenden AusländerInnen, die ohne Arbeitsstelle sind, nun rasch zunehmen. In dieser Situation ist es falsch, noch mehr Personal aus dem Ausland anzuwerben, auch wenn sich damit kurzfristig einiges an Ausbildungskosten einsparen lässt. Gesamtwirtschaftlich und unter dem Gesichtspunkt eidgenössischer Solidarität drängt es sich vielmehr auf, einheimischen Stellensuchenden eine entsprechende Ausbildung anzubieten. Viele junge Menschen finden nach der Berufsausbildung keine Arbeit. Davon wären sicher einige bereit, sich umzuorientieren und z.B. als BusführerIn in die Dienste der Stadt zu treten. Aus einer wirtschaftlich schwachen Region wie Ostdeutschland noch Fachkräfte abzuwerben, ist auch nicht gerade ein freundlicher Akt gegenüber diesen Regionen. Dies belastet unser Verhältnis zu den Nachbarn sicher erheblich mehr als wenn die Schweiz nicht immer vor EU-Reglementen und –„Kommissaren“ kuschen würde, wie dies ja leider gang und gäbe ist.



